



Entschuldigt fehlt

Herr Andreas Rüther

Herr Jörg-Rüdiger Schütz

CDU-Fraktion

CDU-Fraktion

Verwaltung

Frau Binder-Kruse

Herr Spree

Herr Daube

Herr Lötzke

Bauamt

Amt für Verkehr

Bezirksamt Heepen

Bezirksamt Heepen

(zu TOP 6, 7 und 18)

(zu TOP 8)

Schriftführer

Externe

Herr Winkler

Büro Enderweit & Partner (zu TOP 6)

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksvorsteher Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

### **Zu Punkt 1      Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen**

#### *a) Radweg zwischen Bielefeld-Heepen und Leopoldshöhe-Schuckenbaum*

Frau Kobusch (Sprecherin der Interessengemeinschaft „Radweg zwischen Bielefeld-Heepen und Leopoldshöhe-Schuckenbaum“) führt aus, dass sie im Oktober 2010 im Namen der Bürgerinitiative das zuständige Ministerium angeschrieben und um Mitteilung gebeten habe, ob auch im Jahr 2011 grundsätzlich entsprechende Fördermittel bereitstehen.

Das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen habe daraufhin mitgeteilt, dass die neue Landesregierung das Ziel verfolge, das Radwegenetz in Nordrhein-Westfalen weiter auszubauen und Lücken im bestehenden Netz zu schließen. Hierzu gehöre auch der Neubau des „Bürgerradweges“ zwischen Bielefeld-Heepen und Leopoldshöhe-Schuckenbaum, der darüber hinaus ein gutes Beispiel für ein gelungenes Zusammenwirken von bürgerschaftlichem Engagement und Handeln der öffentlichen Hand darstelle. Vor diesem Hintergrund sei der Weiterbau dieses Radweges ein für die neue Landesregierung wichtiges Vorhaben, das zum Abschluss gebracht werden soll. Über die Höhe der verfügbaren Finanzmittel für den Radwegebau an Landesstraßen in 2011 werde der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Verabschiedung des Landeshaushalts 2011 entscheiden. Diese Entscheidung sei zunächst abzuwarten. Danach könne eine belastbare Aussage über weitere Finanzmittel für den angesprochenen Radweg getroffen werden.

Sollten also im Landeshaushalt Fördermittel bereit gestellt werden, bedeute dies aus ihrer Sicht, dass „unser Radwegprojekt“ aufgrund seiner hohen Priorisierung mit einer Förderung rechnen könne.

Aus diesem Grund bitte die Initiative die Bezirksvertretung Heepen in die Beschlussfassung mit aufzunehmen, dass die Planungen unbedingt jetzt weitergeführt werden und nicht erst nach offizieller Zusage der Fördermittel. Hierzu gehöre auch die in der Anlage zur Beschlussvorlage angesprochene Aufstellung des landschaftspflegerischen Begleitplanes, die Planungen hinsichtlich der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie die nötigen Anträge zur Querung der Windwehe.

Die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages verstehe die Initiative so, dass aufgrund der aktuellen Haushaltslage der Stadt Bielefeld keine eigenen finanziellen Mittel durch diese bereit gestellt werden können.

Als Sprecherin der Initiative könne sie selbstverständlich die volle Unterstützung der Mitglieder der Initiative zusagen. Um Sponsoren oder Spender zu finden, bitte die Initiative daher um schnellstmögliche Übersendung einer Aufstellung der benötigten Materialien sowie der zu erledigenden Arbeiten, denn nur wenn bekannt sei, was erforderlich ist, könne man sich „auf den Weg machen“.

Bezirksvorsteher Sternbacher dankt der Interessengemeinschaft für ihr Engagement. Bei dem „Bürgerradweg“ handele es sich - offenbar auch nach Auffassung der Landesregierung - um einen wichtigen Lückenschluss im vorhandenen Radwegenetz. Die Umsetzung der Maßnahme habe für die Bezirksvertretung Heepen hohe Priorität. Sie werde sich daher auch bei den Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses und des Rates der Stadt Bielefeld für die Realisierung einsetzen. Die Finanzierung der freiwilligen Maßnahme stelle vor dem Hintergrund der bekannten haushaltsrechtlichen Abhängigkeiten eine Herausforderung dar. Er hoffe jedoch, dass die Verwaltung dennoch eine Möglichkeit finden werde, die Finanzierung sicherzustellen.

*b) Deponiebetrieb in der Johannisbachau*

Herr Jung (Einwohner des Stadtteils Brake und Sprecher der Bürgerinitiative Brake-Grafenheide und Johannisbachau) nimmt Bezug auf die aktuelle Presseberichterstattung und die Beratung im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz. Im Namen der Bürgerinitiative richtet er an die Bezirksvertretung folgende Fragen:

1. Mit welcher Beschlussvorlage wurde der rechts- und finanztechnische Betrieb der Deponie vorgestellt?
2. In welcher Sitzung wurde was beschlossen (s. Protokoll UStA vom 20.03.2007, Punkt 4)?
3. Wie sehen die Bodenmengen 200.000, 550.000 und 650.000 Kubikmeter mit Computersimulation im Vergleich aus, und zwar
  - von Süd-Südwest aus mit der Bahnlinie im Hintergrund
  - von Norden aus mit der Talbrückenstraße und dem Teutoburger Wald im Hintergrund?
4. Wie sieht der Rekultivierungsplan für 200.000 Kubikmeter Boden aus, und wann wurde er vorgelegt?
5. Warum wird die Deponie nicht den von der Bezirksregierung Detmold erteilten Auflagen entsprechend geführt?  
 Woher stammt der Bauschutt, und wie konnte er, trotz Verbot, auf die Deponie gelangen?  
 Wie wird garantiert, dass kein Boden von anderen Baustellen angefahren wird bzw. LKW von der „Lange Lage“ unterwegs nicht umbeladen werden?  
 Warum fuhr unter den Augen von 2 Polizeibeamten LKW ungestoppt, unkontrolliert und unregistriert auf die Deponie und kippten Boden ab?
6. Da die „Lange Lage“ auch 2007 schon bekannt war, stellen wir die Frage, welche Flächen das Umweltamt hierfür vorgesehen hat und warum sie nicht genutzt werden (sollen)?
7. Da in der Beschlussvorlage 3412 vom 26.02.2007 bereits darauf hingewiesen wurde, dass die zu der Zeit in Bielefeld betriebenen Bodendeponien nur noch ein geringes Restverfüllvolumen aufwiesen, möchten wir wissen, welches Konzept das Umweltamt in diesen fast 4 Jahren erarbeitet hat, um anfallenden Boden abzulagern?

8. Aus welcher Kosten-Nutzen-Rechnung geht der Gewinn von € 700.000 hervor. Da in der Informationsvorlage der Verwaltung 1632/2009-2014 vom 26.10.2010 folgende Aufstellungen fehlen
- Die Kosten für den Rückbau der Straße und die Rekultivierung sind nicht beziffert.
  - Die Kosten für Personal, Waschanlagen etc. fehlen ebenfalls.
  - Die tatsächlichen Kosten bei einem Betrieb, der genehmigungskonform läuft.
  - Die Einnahmen sind vage und unklar.
- fragen wir: wie kommen also die immer wieder erwähnten € 700.000 zu Stande?
9. Wie viel Mutterboden fiel beim Aushub des Regenrückhaltebeckens (nach unserer Berechnung ca. 8.000 Kubikmeter, Verkaufswert ca. € 160.000) an der Herforder Straße an, wohin wurde er verbracht und wie viel Euro hat die Stadt Bielefeld durch den Verkauf eingenommen?
10. Wie viel Mutterboden fällt bei der „Langen Lage“ an, wohin wurde oder wird er verbracht und wie viel Euro nimmt die Stadt Bielefeld ein?
11. Wie ist der letzte Satz des Umweltamtes (Informationsvorlage der Verwaltung 1632/2009-2014 vom 26.10.2010) „Die Verwaltung ist in sofern optimistisch, auch weitere Bodenmengen akquirieren zu können, was die Wirtschaftlichkeit der Bodendeponie Talbrückenstraße weiter verbessern wird.“ zu verstehen?  
Kommt dann noch ein Kompromiss vom Kompromiss vom Kompromiss, da doch „nur“ die „Lange Lage“ auf die Deponie gebracht werden soll?
12. Wie hoch liegen die jetzt vorhandenen Fahrdämme (ehemalige Schlamm-polder-Eingrenzung)?

Herr Jung bittet darüber hinaus um zeitnahe Beantwortung des Fragenkataloges der Initiative von Ende Oktober 2010 und erklärt, dass die Initiative aufgrund der Dringlichkeit (der Boden wachse bereits schnell gen Himmel) ein schnelles und gründliches Handeln erwarte.

Bezirksvorsteher Sternbacher bittet die Verwaltung um Beantwortung der von der Bürgerinitiative gestellten Fragen.

Herr Prester (Einwohner des Stadtbezirks und Sprecher der Bürgerinitiative Brake-Grafenheide und Johannisbachau) dankt Herrn Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) unter Hinweis auf den unter TOP 5.6 zu beratenden Antrag der CDU-Fraktion für den Einsatz für die Belange der Braker Bürgerinnen und Bürger. Er führt weiter aus, dass in der Örtlichkeit zu beobachten sei, dass die derzeit angelieferten Bodenmengen ausschließlich im Bereich der Schlamm-polder aufgebracht werden und verweist auf die bereits jetzt zu beobachtende deutliche Erhöhung dieser Flächen. Demgegenüber werde - obwohl der Bahndamm den höchsten Punkt darstelle - in den unmittelbar an den Bahndamm angrenzenden Bereichen derzeit kein Boden abgelagert. Seines Erachtens werde dieser Bereich z. Z. bewusst freigehalten, um die Option aufrecht zu erhalten, weitaus höhere Bodenmengen als die in Rede stehende Gesamtmenge ablagern zu können. Hier versuche die Stadt Bielefeld offenbar, die den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber getroffenen Zusagen zu umgehen. Seines

Erachtens sei nie beabsichtigt gewesen, die im Kompromiss vereinbarte Höchstmenge von 200.000 m<sup>3</sup> einzuhalten. Er fragt, ob die Bezirksvertretung bereit sei, dies zu akzeptieren und darüber hinaus den aus seiner Sicht nicht ordnungsgemäßen Deponiebetrieb zu tolerieren.

Bezirksvorsteher Sternbacher bittet die Verwaltung, zu den angesprochenen Punkten Stellung zu nehmen.

Herr Daube verweist auf die im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz gefassten Beschlüsse.

*c) Mobilfunksendemast Braker Straße  
(vgl. u. a. BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.2)*

Herr Knöner (Einwohner des Stadtteils Brake und Sprecher der betroffenen Anlieger) verweist auf die Beratung des Sachverhaltes in der Bezirksvertretung Heepen und die umfassende Presseberichterstattung. Er teilt mit, dass der Netzbetreiber seine Absicht, eine entsprechende Sendeanlage am Standort zu installieren, aufgegeben habe. Der massive Widerstand - bis hin zu einer Klage vor dem Verwaltungsgericht - der Betroffenen habe somit zu dem gewünschten Erfolg geführt. Im Anschluss stellt er die im Rahmen ihres Widerstandes gegen die Errichtung der Anlage von den Betroffenen unternommenen Anstrengungen im Überblick dar und geht dabei insbesondere auch auf die nach Auffassung der Betroffenen bestehenden gesundheitlichen Gefahren, die von entsprechenden Anlagen ausgehen, ein.

Bezirksvorsteher Sternbacher stellt fest, dass die Mitglieder der Bezirksvertretung Heepen die Aktivitäten der Betroffenen stets unterstützt haben und bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, dass die Bemühungen nun zum gewünschten Erfolg geführt haben.

*d) Einwohnerversammlung in Altenhagen zum Entwicklungskonzept in Verbindung mit aktuellen Planungen von Gewerbegebieten vor Ort*

Herr Kammeier (Einwohner des Stadtteils Altenhagen und 1. Vorsitzender des Heimat- und Geschichtsvereins Altenhagen) führt aus:

1. Bereits im Dezember 2009 habe ich eine gewünschte Stellungnahme des Heimat- und Geschichtsvereins Altenhagen zum Entwicklungskonzept Altenhagen der Verwaltung zukommen lassen. Im Mai 2010 erhielt ich persönlich einen Statusbericht der Arbeitsgruppe Tiefbau, Verkehr und Planung.
2. Zwischenzeitlich sorgt die Absicht von Gewerbegebietsplanungen an der Altenhagener Straße/Zirkelstraße wie auch zum Interkommunalen Gewerbegebiet für erhebliche Diskussionen im Dorf. Werden bei den neuen Planungen die Belange der Altenhagener Bürger berücksichtigt?
3. Die unstrukturierte Entwicklung Altenhagens in der Vergangenheit mit den negativen Folgen lässt nichts Gutes erahnen. Auch der verwaltungsseitig angestoßene Schließungsprozess von kleinen Grundschulen lässt weitere Befürchtungen aufgrund sinkender Einwohnerzahlen in Altenhagen laut werden.

4. Als Vorsitzender des Heimat- und Geschichtsvereins Altenhagen werde ich, Wilfried Kammeier, immer häufiger von den hiesigen Bürgern mit Erwartungen und Ängsten angesprochen, ob die anstehenden Veränderungen im Sinne der Heimatpflege und einer nachhaltigen Dorf- und Ortsentwicklung zu verantworten sind.

Die Erfahrungen mit Stuttgart 21 und die aktuelle Debatte um das Schließen von Grundschulen zeigt uns doch, dass ein frühzeitig gemeinsamer, auf Partizipation angelegter Planungsprozess, von den Bürgern eingefordert wird. Sicherlich steigt damit die Wahrscheinlichkeit breiter Akzeptanz zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger.

5. Daraus ergibt sich meine Frage an die Bezirksvertretung:

Können Sie veranlassen, dass kurzfristig im Februar oder März 2011 eine Einwohnerversammlung in Altenhagen durchgeführt wird, um die vorgeannten Planvorstellungen den Einwohnern darzulegen und die Fragen, Anregungen und gegebenenfalls bestehenden Gegenvorstellungen der Bürger, mit in die künftigen Planungen einfließen zu lassen?

Bezirksvorsteher Sternbacher weist darauf hin, dass der Bezirksvertretung die angesprochene Problematik bekannt sei. Vor diesem Hintergrund arbeite ein aus Mitgliedern der Bezirksvertretung und Fachleuten der Bauverwaltung bestehender Arbeitskreis bereits seit längerer Zeit an der Erstellung eines ganzheitlichen Entwicklungskonzeptes für den Stadtteil Altenhagen. Das Konzept werde auf der Grundlage einer Bestandsanalyse Perspektiven für den Stadtteil Altenhagen aufzeigen, die sich auf alle Lebensbereiche (städtebauliche Entwicklungspotenziale, Fragestellungen der Nahversorgung, Sicherung und Ausbau der sozialen Infrastruktur etc.) beziehen. Aufgrund der vielen zu berücksichtigenden sozialen, wirtschaftlichen, rechtlichen und technischen Abhängigkeiten sei die Erarbeitung eines entsprechend ganzheitlichen Konzeptes sehr zeitaufwändig. Inzwischen sei die Arbeit so weit vorangeschritten, dass die Arbeitsergebnisse der Bezirksvertretung voraussichtlich im Frühjahr 2011 vorgestellt werden können. Im Anschluss sei auf Wunsch der Bezirksvertretung vorgesehen, die Arbeitsergebnisse mit allen Bürgerinnen und Bürgern des Stadtteils Altenhagen zu diskutieren und ggf. zu konkretisieren. Die sich auf das interkommunale Gewerbegebiet beziehenden Abhängigkeiten werden in die Gesamtbetrachtung einfließen, können sich aber nur indirekt auf konkrete Entwicklungen im Bereich dieses Gebietes beziehen.

*e) Räumlichkeiten für eine Heimatstube des Heimat- und Geschichtsvereins Altenhagen*

Herr Kammeier (Einwohner des Stadtteils Altenhagen und 1. Vorsitzender des Heimat- und Geschichtsvereins Altenhagen) führt aus:

1. Der Heimat- und Geschichtsvereins Altenhagen wurde bereits vor 11 Jahren von Herrn Werner Maluk gegründet. Den Vorsitz des Vereins habe ich, Wilfried Kammeier, im April 2009 übernommen. Mangels eigener Räumlichkeiten ist der Sitz des Vereins immer die jeweilige Wohnortadresse des Vorsitzenden. Der Verein hat inzwischen 130 Mitglieder im Alter von 25 bis 92 Jahren.

2. Der Verein hat sich die allseitige Erforschung und Darstellung der Geschichte Altenhagens, verbunden mit einer nachhaltigen Orts- und Heimatpflege für die Zukunft, zum Ziel gesetzt. Aus diesem Grund hat sich im Laufe der Zeit eine Menge Material angesammelt. Dokumente, Bilder, Aufzeichnungen und Gegenstände mit Erinnerungswert lagern z. Z. in diversen privaten Haushalten, mangels eigener Räumlichkeiten.
3. Absolute Notwendigkeit besteht daher an einem eigenen öffentlichen Raum. Erst damit haben wir die Möglichkeit, an zentraler Stelle diese Dinge zusammenzufassen und den Vereinsmitgliedern und Bürgern nahe zu bringen.
4. Eine Alternative sehen wir in dem bisher ungenutzten Obergeschoss der Altentagesstätte an der Milser Straße 132. Da unser Verein nicht das komplette OG benötigen würde, ist auch der dort beheimatete AWO-Ortsverband an einer Teilnutzung der übrigen Fläche interessiert.
5. Bereits seit August 2009 ist unser Anliegen der Stadt Bielefeld bekannt. Leider ist bis heute kein Fortschritt in der Sache erkennbar.
6. Daraus ergibt sich meine Frage, verbunden mit der gleichzeitigen Bitte:

Können Sie dem Heimat- und Geschichtsvereins Altenhagen einen konkreten Lösungsvorschlag für unser Anliegen unterbreiten?

Der Umsetzung dienliche Zugeständnisse in Form von Kooperationen oder Eigenleistungen sind für uns jederzeit denkbar.

Bezirksvorsteher Sternbacher stellt fest, dass der Wunsch des Heimatvereins der Bezirksvertretung bisher nicht bekannt war. Die Bezirksvertretung werde die Aktivitäten des Heimat- und Geschichtsvereins Altenhagen unterstützen.

Da keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, schließt Bezirksvorsteher Sternbacher die Einwohnerfragestunde.

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 1 \*

---



**Zu Punkt 2**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 10. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 30.09.2010**

Ohne Aussprache ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 10. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 30.09.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 2 \*

-.-.-

**Zu Punkt 3**      **Mitteilungen**

**I. Schriftliche Mitteilungen**

**3.1**      **Wir fördern Integration - Integrationskonzept für Bielefeld (vgl. u. a. BV Heepen - 08.09.2010 - TOP 11)**

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt am 23.09.2010.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 3.1 \*

-.-.-

**3.2**      **Schnitt-, Fäll- und Rodungsarbeiten des Umweltbetriebes**

Den Mitteilungen beigelegt ist eine Information zu den vom Umweltbetrieb in nächster Zeit durchzuführenden Schnitt-, Fäll- und Rodungsarbeiten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 3.2 \*

-.-.-

### 3.3 **Neuaufstellung des Bebauungsplanes III/H 19 „Wohnen im Pastorengarten“**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt am 23.09.2010.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 3.3 \*

-.-.-

### 3.4 **Abrechnungen nach dem BauGB und KAG**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Informationsvorlage Drucksache 1557/2009-2014 des Amtes für Verkehr vom 01.10.2010.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 3.4 \*

-.-.-

### 3.5 **Verkehrsberuhigende Maßnahmen auf der Glückstädter Straße (vgl. BV Heepen - 15.04.2010 - TOP 5.4) und Einrichtung einer Tempo 30-Zone in der Glückstädter Straße (vgl. BV Heepen - 20.05.2010 - TOP 5.3)**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde vom 26.10.2010.

*Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) begrüßt die kurzfristige Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde zwar grundsätzlich, sieht die Fragestellungen, die sich aus dem der Stellungnahme zugrunde liegenden Beschluss der Bezirksvertretung ergeben, jedoch noch nicht vollständig abgearbeitet. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den unter TOP 5.1 zu beratenden Antrag der CDU-Fraktion. Seines Erachtens wäre es zielführender gewesen, wenn die Straßenverkehrsbehörde vor Ort mit den Beteiligten die Situation diskutiert hätte.*

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 3.5 \*

-.-.-

**3.6 Bebauungsplan Nr. III/M 11 „Milser Mühle“  
(vgl. BV Heepen - 30.09.2010 - TOP 8)**

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme der Verwaltung zu einer von Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) im Rahmen der Beratung gestellten Frage.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 3.6 \*

-.-.-

**3.7 Erneuerung des Pflasters vor der Alten Vogtei im Stadtteil Heepen  
(vgl. BV Heepen - 17.06.2010 - TOP 5.2)**

Das Amt für Verkehr hat mitgeteilt, dass das vor der Alten Vogtei in Heepen vor ca. 10 Jahren verlegte Natursteinpflaster punktuelle Schäden aufweise. Einige Steine seien gespalten bzw. lösen sich an der Oberfläche infolge Frosteinwirkung auf.

Um eine Ausweitung der Schäden und damit die Entstehung von Gefahrenstellen zu vermeiden, wurde eine Fläche von ca. 60 m<sup>2</sup> aufgenommen und neu verlegt. Dabei sind mangelhafte Steine aussortiert und durch geeignetes Material vom städtischen Bauhof zu ersetzt worden. Die Kosten für diese Maßnahme betragen etwa 3.000 € brutto.

Außerdem haben sich durch den in die Hillegosser Straße abbiegenden Verkehr Natursteine des Sicherheitsstreifens vor dem Radweg gelöst. Zur dauerhaften Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit war es erforderlich, ca. 12 - 15 m<sup>2</sup> aufzunehmen und in gebundener Bauweise wiederherzustellen. Die Kosten betragen ca. 1.500 € brutto.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 3.7 \*

-.-.-

**3.8 Ferienspiele des Bezirksamtes Heepen - Anzahl der Teilnehmer/innen**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Übersicht zur Anzahl der Teilnehmer/innen an den Ferienspielen des Bezirksamtes.

*Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) begrüßt, dass sich die Teilnehmerzahlen der im Stadtbezirk Brake durchgeführten Ferienspiele nicht nur stabilisiert, sondern auch verbessert haben. Er dankt den an der Vorbereitung und Durchführung der Ferienspiele Beteiligten für ihr Engagement.*

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 3.8 \*

-.-.-

### 3.9

#### **Einladung zur Vernissage**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder die Einladung zur Vernissage „Heidi Schardt - Stationen - Acrylmalerei“ in der Alten Vogtei (01.12.2010, 19:00 Uhr) erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 3.9 \*

-.-.-

#### **II. Mündliche Mitteilungen**

### 3.10

#### **Interkommunales Gewerbegebiet Altenhagen**

Herr Daube verweist auf den zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilten Abdruck eines Schreibens des Bezirksamtes an die Interessengemeinschaft „Hellfeld-Kreuzbusch“ in dem die in den Einwohnerfragestunden zu den Sitzungen der Bezirksvertretung Heepen am 17.06.2010 und 08.09.2010 gestellten Fragen abschließend beantwortet werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 3.10 \*

-.-.-

### 3.11 Ausstellungen in der Alten Vogtei

Herr Daube informiert darüber, dass sich die von der Bezirksvertretung beschlossenen Ausstellungen in der Alten Vogtei, bezogen auf die jeweils vorgesehenen Zeiträume verschieben, da eine japanische Künstlerin für den von ihr geplanten Ausstellungszeitraum kein Visum erhalten habe.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 3.11 \*

---

### 3.12 Pflegeberatung in der Alten Vogtei

Herr Daube teilt mit, dass das Amt für Soziale Leistungen - Sozialamt - den Bürgerinnen und Bürgern des Stadtbezirks in Kürze eine dezentrale Pflegeberatung in der Alten Vogtei anbieten werde. Hierzu wurde vereinbart, jeweils montagsvormittags einen Raum in der Alten Vogtei zu nutzen. Ursprünglich war vorgesehen, die Pflegeberatung im Bezirksamt anzubieten. Da hier jedoch keine vollständige Barrierefreiheit bestehe, werde die neue Dienstleistung der Stadt Bielefeld in einem barrierefrei zu erreichenden Raum in der Alten Vogtei angeboten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 3.12 \*

---

### Zu Punkt 4 Anfragen

Zur Sitzung liegen keine Anfragen der Fraktionen oder Parteien vor.

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 4 \*

---

### Zu Punkt 5 Anträge

**Zu Punkt 5.1 Korrektur der Ausweisung der Tempo 30-Zone an der Glückstädter Straße in Brake**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1654/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*Die Verwaltung wird beauftragt, die Standorte der in der 43. KW aufgestellten Tempo30-Zonen-Schilder an der Glückstädter Straße zu korrigieren. Insbesondere muss das Schild an der Glückstädter Straße in Höhe der Fußgängerinsel in Richtung Braker Straße versetzt werden. Ferner ist zu prüfen, welche weiteren Tempo30-Zonen-Schilder durch diese Maßnahme entfallen können (z.B. Rottsiek, Am Bohnenkamp).*

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die der Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde (vgl. TOP 3.5) zugrunde liegenden Beschlüsse der Bezirksvertretung sowie die schriftliche Antragsbegründung. Die Bezirksvertretung habe mit den angesprochenen Beschlüssen u. a. das Ziel verfolgt, durch die Festlegung längerer Tempo 30-Zonen zu einer höheren Akzeptanz der Geschwindigkeitsbegrenzungen beizutragen. Insgesamt überzeuge ihn die Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde insofern nicht. Insbesondere sei die Aufhebung der Tempo 30-Zone vor der Einmündung der Straße Am Bohnenkamp bei gleichzeitiger Festlegung einer entsprechenden Geschwindigkeitsbegrenzung nicht nachvollziehbar. Seines Erachtens müsse die Tempo 30-Zone hinter der Einmündung der Straße Am Bohnenkamp (in Richtung Braker Straße) enden. Auf diese Weise könne auf das Tempobegrenzungsschild verzichtet werden. Gleichzeitig wäre die Straße Am Bohnenkamp in die vorhandene Tempo 30-Zone integriert. Insgesamt hätte er sich gewünscht, dass die Straßenverkehrsbehörde mit den Antragstellern vor Ort entsprechende Lösungen diskutiert hätte.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) und Herr Kossiek (FDP) schließen sich der von Herrn Dr. Elsner vertretenen Auffassung an.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, die Standorte der in der 43. KW aufgestellten Tempo 30-Zonen-Schilder an der Glückstädter Straße zu korrigieren. Insbesondere muss das Schild an der Glückstädter Straße in Höhe der Fußgängerinsel in Richtung Braker Straße versetzt werden. Ferner ist zu prüfen, welche weiteren Tempo 30-Zonen-Schilder durch diese Maßnahme entfallen können (z.B. Rottsiek, Am Bohnenkamp).**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 5.1 \*

## **Zu Punkt 5.2 Schulleiterstelle an der Grundschule Oldentrup**

### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1656/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*Die Verwaltung wird beauftragt, auf die Bezirksregierung Detmold dahingehend einzuwirken, dass die Schulleiterstelle an der Grundschule Oldentrup umgehend wieder ausgeschrieben und besetzt wird.*

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung, die ihres Erachtens grundsätzlich keiner weiteren Erläuterung bedürfe. Ergänzend verweise sie jedoch darauf, dass die Nichtbesetzung der Schulleiterstelle ihres Erachtens die Wahrnehmung der Eltern beeinflusse. In der Grundschule Oldentrup seien lediglich 40 Kinder angemeldet worden, obwohl im Schuleinzugsbereich über 50 Kinder im Einschulungsalter wohnen. Die Eltern melden ihre Kinder jedoch offenbar bereits an anderen Schulen an, da sie befürchten, dass die Grundschule Oldentrup nicht dauerhaft weiter bestehe. Im Übrigen führe die Nichtbesetzung der Schulleiterstelle zu einer nicht vertretbaren Doppelbelastung der Schulleiterin der Grundschule Am Homersen.

Herr Daube erläutert, dass die Schulverwaltung die Auffassung teile, dass die mit kommissarischen Besetzungen von Schulleitungsstellen einhergehende Doppelbelastung nicht dauerhaft geleistet werden könne, ohne dass das Risiko bestehe, dass die Qualität der pädagogischen Arbeit leide. Deshalb habe sich die interfraktionelle Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung und die Verwaltung in der Vergangenheit wiederholt bei der Bezirksregierung Detmold dafür eingesetzt, dass vakant werdende Schulleitungsstellen ausgeschrieben werden. Zu den vakanten Leitungsstellen der Grundschulen, die derzeit keine gesicherte Zweizügigkeit haben, habe die Bezirksregierung allerdings ausdrücklich mitgeteilt, dass die Ausschreibungen und Wiederbesetzungen nicht erfolgen, so lange im Rahmen der erforderlichen Schulentwicklungsplanung für Grundschulen vom Schulträger keine Maßnahmen entschieden und umgesetzt werden. Dies habe die Bezirksregierung Detmold im Rahmen der am 27.10.2010 in der Universität durchgeführten Bürgerinformationsveranstaltung zur Schulentwicklungsplanung noch einmal bekräftigt. Der vom Rat am 04.11.2010 gefasste Beschluss, eine Entscheidung über die Verwaltungsvorschläge für schulorganisatorische Maßnahmen im Grundschulbereich bis Juni 2011 auszusetzen, ändere an der Haltung der Bezirksregierung nichts. Davon sei auch die Grundschule Oldentrup betroffen, obwohl nach bisherigen Planungen keine konkreten schulorganisatorischen Maßnahmen für die Grundschule Oldentrup vorgesehen seien. Die Grundschule Oldentrup habe im aktuellen Schuljahr 151 Schülerinnen und Schüler. Damit weise sie nach den schulrechtlichen Bestimmungen nicht mehr die erforderlichen Schülerzahlen auf, um eine gesicherte Zweizügigkeit zu erreichen. Vor diesem Hintergrund werden entsprechende Bemühungen der Verwaltung, bei der Bezirksregierung Detmold eine Wiederbesetzung der Leitungsstelle an der Grundschule Oldentrup zu erreichen, nicht als erfolgversprechend angesehen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass er die Skepsis der Schulverwaltung grundsätzlich teile. Die Politik habe jedoch das Recht, mit einer entsprechenden Beschlussfassung, auf die bestehenden Missstände hinzuweisen und Verbesserungen einzufordern.

Bezirksvorsteher Sternbacher hält dies im Hinblick auf die sich abzeichnenden Veränderungen in der Schulpolitik für sinnvoll.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die im Schulministerium angestellten Überlegungen hinsichtlich der Wiedereinführung der früheren schulbezirklichen Regelungen.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s :**

**Die Verwaltung wird beauftragt, auf die Bezirksregierung Detmold dahingehend einzuwirken, dass die Schulleiterstelle an der Grundschule Oidentrup umgehend wieder ausgeschrieben und besetzt wird.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 5.2 \*

-.-.-

### **Zu Punkt 5.3 Überquerungshilfe für Fußgänger auf der Braker Straße (zwischen Volksbank und Bäckerei Sundermann) incl. Baumbegrünung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1661/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf den Antrag des Vertreters der FDP:

*Um eine weitere Möglichkeit zur sicheren Überquerung der Braker Straße zu schaffen, ist auf der Braker Straße im Bereich zwischen der Volksbank und der Bäckerei Sundermann zeitnah eine Querungshilfe (incl. Baumbegrünung) anzulegen.*

Herr Kossiek (FDP) erläutert die sich bei Anlage der Querungshilfe ergebenden Wegebeziehungen im Überblick und verweist im Übrigen auf die schriftliche Antragsbegründung.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) beantragt, die Angelegenheit in der Arbeitsgruppe *Tiefbau/Verkehr/Planung* im Rahmen der Priorisierung der Tiefbaumaßnahmen im Stadtbezirk Heepen weiter zu beraten.



Herr Kossiek stimmt diesem Verfahren zu.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Angelegenheit ist in der Arbeitsgruppe Tiefbau/Verkehr/Planung weiter zu beraten.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 5.3 \*

-.-.-

**Zu Punkt 5.4 Überprüfung der Beschilderung der Geschwindigkeitsbegrenzung Engersche Straße/Husumer Straße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1666/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*Die Verwaltung wird beauftragt, zu überprüfen, ob die Tempo 50-Beschilderung auf der Engerschen Straße/Einmündung Husumer Straße (Geschwindigkeitsbegrenzung vor der neuen Kita) angemessen positioniert ist. Gegebenenfalls sind die Schilder zu versetzen.*

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) beschreibt die örtliche Situation und verweist auf die schriftliche Antragsbegründung. Er stellt in diesem Zusammenhang ausdrücklich fest, dass sich der Antrag der CDU-Fraktion nicht gegen die sinnvolle Geschwindigkeitsbegrenzung richte. Lediglich die Anordnung der Beschilderung sei aus Sicht der CDU-Fraktion problematisch und solle daher überprüft werden.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stimmt der von Herrn Dr. Elsner vertretenen Auffassung zu und weist darauf hin, dass insbesondere das Tempo-70-Schild auf der Ostseite „zu früh komme“ und daher an einen weiter entfernten Standort versetzt werden sollte. Der Beschlusstext sollte in dieser Hinsicht ergänzt werden.

Herr Dr. Elsner stimmt der Ergänzung zu.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

Die Verwaltung wird beauftragt, zu überprüfen, ob die Tempo-50-Beschilderung auf der Engerschen Straße/Einmündung Husumer Straße (Geschwindigkeitsbegrenzung vor der neuen Kita) angemessen positioniert ist. Dies gilt insbesondere für das Tempo-70-Schild auf der Ostseite. Gegebenenfalls sind die Schilder zu versetzen.

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 5.4 \*

---

**Zu Punkt 5.5 Veränderung der Einzugs Grenzen der Grundschulen im**

**Stadtbezirk Heepen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1690/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen:

*Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob mit einer Veränderung der Einzugs Grenzen der Grundschulen im Stadtbezirk Heepen die Schulgrößen so angeglichen werden können, dass alle jetzigen Schulstandorte dauerhaft gesichert werden können.*

Herr Daube nimmt Bezug auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Stellungnahme des Amtes für Schule vom 16.11.2010.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) bezieht sich auf die aktuelle Diskussion auf Landesebene hinsichtlich der Wiedereinführung der Schulbezirksgrenzen und bittet die Verwaltung um eine Aussage zum aktuellen Stand der Diskussion. Obwohl z. Z. offenbar nicht damit zu rechnen sei, dass Grundschulstandorte im Stadtbezirk Heepen aufgegeben werden müssen, seien an einigen Standorten rückläufige Schülerzahlen festzustellen. Ihre Fraktion verbinde mit dem vorliegenden Antrag das Ziel, Schulstandorte mit hohen Schülerzahlen zu entlasten und Standorte mit zu geringen Schülerzahlen zu stärken. Ein entsprechender Ausgleich könne ihres Erachtens dazu beitragen, Schulstandorte mit zu geringen Schülerzahlen langfristig zu sichern. Sie verweise hier z. B. auf die Standorte Milse und Altenhagen bzw. Am Homersen / Heeperholz und Oldentrup. Diese dem Antrag ihrer Fraktion zugrunde liegenden Überlegungen sollten ihres Erachtens in der Schulentwicklungsplanung der Stadt Bielefeld Berücksichtigung finden.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die CDU-Fraktion den dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugrunde liegenden Überlegungen grundsätzlich zustimme. Seines Erachtens sei es jedoch wichtig, die weitere Diskussion ergebnisoffen zu führen. Vor diesem Hintergrund rege er an, den Beschluss nicht nur auf die Festlegung der Einzugs Grenzen, sondern allgemein auf geeignete Maßnahmen zu beziehen. Er rege daher eine entsprechende Ergänzung des Beschlusstextes an.

Frau Kreye stimmt einer entsprechenden Ergänzung zu.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s :**

**Die Verwaltung wird beauftragt geeignete Maßnahmen - z. B. die Veränderung der Einzugs Grenzen der Grundschulen - zu prüfen, um die Schulgrößen so anzugleichen, dass alle jetzigen Schulstandorte dauerhaft gesichert werden können.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 5.5 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 5.6**

### **Ordnungsgemäßer Betrieb der Deponie am Obersee**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1692/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*Die Verwaltung hat dafür Sorge zu tragen, dass der Betrieb der o. g. Bodendeponie kontrolliert und gemäß den Auflagen erfolgt. Dies erfordert insbesondere eine Kontrolle der angelieferten Böden vor Ort, d. h. auf der Deponie und nicht an der Entnahmestelle. Weiterhin ist zu prüfen, ob alle notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung von Verschmutzungen ergriffen worden sind (z. B. eine Reifenwaschanlage etc.)*

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf Beschwerden über durch die Transportfahrzeuge verursachte Verunreinigungen auf ihrem Fahrtweg von der Universität über Schildesche zur Bodendeponie. Viele Beteiligte haben darüber hinaus darauf hingewiesen, dass die Anlieferung auf der Deponie offensichtlich nicht kontrolliert werde. Weiterhin werde offenbar nicht nur Boden von der „Lange Lage“ angeliefert. Aufgrund der sich daraus ergebenden Zweifel am ordnungsgemäßen Betrieb der Deponie habe sich die CDU-Fraktion veranlasst gesehen, den vorliegenden Antrag zu stellen.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf die in der Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz gefassten Beschlüsse zum Betrieb der Bodendeponie. Ihres Erachtens seien alle relevanten Bedenken berücksichtigt und in den Beschluss aufgenommen worden. Sie gehe davon aus, dass die Verwaltung sich entsprechend der Beschlusslage verhalte. Ihres Erachtens sollte der Verwaltung nicht von vorn herein unterstellt werden, dass sie sich nicht an diese Vorgaben halte.

Herr Dr. Elsner stellt fest, dass er mehrfach vor Ort war und zumindest anlässlich seiner Besuche keine Kontrolle der angelieferten Böden stattgefunden habe.

Herr Daube erläutert, dass es aus Zeitgründen leider nicht möglich war, der Bezirksvertretung bereits zur heutigen Sitzung einen Auszug aus der Niederschrift über die Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz am 04.11.2010 zur Verfügung zu stellen. Ihm liege lediglich ein Auszug aus der noch nicht unterzeichneten Niederschrift über diese Sitzung vor. Danach habe der Ausschuss für Umwelt- und Klima-Schutz u. a. folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Erweiterung der Bodendeponie wird bis zum 31.12.2012 befristet und bleibt in der bisherigen Ausweitung in Länge und Breite bestehen.
2. Die Verwaltung stellt sicher, dass kein kontaminierter Boden aufgetragen wird.
3. Die Verwaltung wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass nicht mehr als die geplante Bodenmenge von 550.000 cm<sup>3</sup> aufgetragen wird.
4. Es darf ausschließlich Bielefelder Boden für die Bodendeponie verwendet werden.
5. Die Verwaltung wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass LKW, die von der Deponie kommen, die Verkehrssicherheit der Talbrückenstraße nicht beeinträchtigen.

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) vertritt die Auffassung, dass, sollten vor Ort tatsächlich keine Kontrollen stattfinden, unabhängig von jeder Beschlusslage Handlungsbedarf bestehe.

Herr Schatschneider (Die Linke) stellt fest, dass die Kontrolle vor Ort eine wesentliche Voraussetzung für den ordnungsgemäßen Betrieb der Bodendeponie sei. Eine entsprechende Kontrolle sei jedoch nicht zu erkennen. Er fordere insofern von der Verwaltung die notwendigen Kontrollen künftig sicherzustellen.

Herr Dr. Elsner nimmt Bezug auf die von Frau Klemme-Linnenbrügger getroffenen Aussagen und stellt fest, dass der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz entsprechende Kontrollen vor Ort nicht ausdrücklich beschlossen habe, dass diese jedoch für ihn zwingend erforderlich seien und insofern der Antrag der CDU-Fraktion, trotz der vom Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz gefassten Beschlüsse, nicht zurückgezogen werde.

Herr Borchers (Grüne-Fraktion) erwartet von der Verwaltung eine klare Aussage darüber, wie und von wem vor Ort kontrolliert werde.

Herr Hüsemann (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass auch der Betrieb einer Reifenwaschanlage zwingend erforderlich sei, um die Sicherheit auf den von den Transportfahrzeugen benutzten Straßen nicht zu gefährden.

Frau Klemme-Linnenbrügger stellt fest, dass sich der Antrag der CDU-Fraktion ihres Erachtens vor dem Hintergrund der vom Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz gefassten Beschlüsse erledigt habe.

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist darauf, dass es sich bei den im Ausschuss gefassten Beschlüssen zwangsläufig um Grundsatzbeschlüsse zum Deponiebetrieb handele. Er rege daher an, den Antrag der CDU-Fraktion mit der Frage an die Verwaltung, wie die Grundsatzbeschlüsse konkret vor Ort umgesetzt werden, zu verknüpfen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass ihm Informationen vorliegen, dass die Verwaltung beabsichtige, dem Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz in einer der nächsten Sitzungen das Betriebsmodell für die Deponie vorzustellen und die entsprechende Vorlage auch der Bezirksvertretung zur Beratung vorgelegt werde. In dieser Vorlage könne die Verwaltung seines Erachtens dann darüber berichten, wie die vom Ausschuss gefassten Beschlüsse konkret vor Ort umgesetzt werden.

Herr Schatschneider erwartet, dass die Verwaltung zeitnah die im Raume stehenden Fragen beantwortet.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Verwaltung hat dafür Sorge zu tragen, dass der Betrieb der o. g. Bodendeponie kontrolliert und gemäß den Auflagen erfolgt. Dies erfordert insbesondere eine Kontrolle der angelieferten Böden vor Ort, d. h. auf der Deponie und nicht an der Entnahmestelle. Weiterhin ist zu prüfen, ob alle notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung von Verschmutzungen ergriffen worden sind (z. B. eine Reifenwaschanlage etc.)**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 5.6 \*

-.-.-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1705/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

*Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob es kostengünstigere Alternativen (z. B. Zwischenzähler etc.) zu der bereits vorgestellten Variante gibt.*

Herr Schatschneider (Die Linke) nimmt Bezug auf die zu seinem Antrag vom 07.06.2010 (vgl. BV Heepen - 17.06.2010 - TOP 5.6 - Drucksache 1114/2009-2014) abgegebene Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 29.07.2010. Die Verwaltung habe in der Stellungnahme u. a. ausgeführt, dass die Kosten für den Anschluss der Mastleuchte an das öffentliche Netz rd. 13.000 € betragen. U. a. sei es erforderlich, für den Anschluss ein rd. 170 m langes Kabel zu verlegen. Dies sei den Bürgerinnen und Bürgern in Brake nicht zu vermitteln. Seines Erachtens sollte es möglich sein, den Anschluss der Mastleuchte auch mit geringerem Aufwand zu realisieren.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) weist darauf hin, dass die durch den Betrieb der Mastleuchte verursachten Kosten über den Einbau eines Zwischenzählers ermittelt werden und ggf. verwaltungsintern verrechnet werden könnten. Auf diesem Wege würde der Umweltbetrieb, zu dessen Anlage die Mastleuchte gehöre, nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s :**

**Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob es kostengünstigere Alternativen (z. B. Zwischenzähler etc.) zu der bereits vorgestellten Variante gibt.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 5.7 \*

-.-.-

**Zu Punkt 5.8****Großräumige Umleitung für Brake**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1720/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

*Die Verwaltung wird gebeten (ggf. in Zusammenarbeit mit der Stadt und dem Kreis Herford) zu prüfen, wieweit die derzeitigen Verkehrsströme durch Brake, verursacht durch den Ausbau der Engerschen Straße in Schildesche, großräumiger umgeleitet werden können.*

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf die Bauarbeiten zum Ausbau der Engerschen Straße in Schildesche und beschreibt die sich daraus ergebende tägliche „Stausituation“. Viele Autofahrerinnen und Autofahrer versuchen, den Bereich weiträumig zu umgehen. Der sich daraus ergebende „Schleichverkehr“ verursache im Stadtteil Brake weitere Staus, die den bereits ohnehin verkehrlich stark belasteten Stadtteil zusätzlich belasten. Vor diesem Hintergrund sollte die Verwaltung nach Auffassung der SPD-Fraktion nach entsprechenden Alternativen suchen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) bestätigt die von Frau Klemme-Linnenbrügger beschriebene Situation. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag der SPD-Fraktion vor diesem Hintergrund zustimmen.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s :**

**Die Verwaltung wird gebeten (ggf. in Zusammenarbeit mit der Stadt und dem Kreis Herford) zu prüfen, wieweit die derzeitigen Verkehrsströme durch Brake, verursacht durch den Ausbau der Engerschen Straße in Schildesche, großräumiger umgeleitet werden können.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 5.8 \*

---

## **Zu Punkt 6**

**Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/M 8 "Fischerheide" - Teilfläche C - für das Gebiet südlich der Herforder Straße westlich der Heilbronner Straße, nördlich der Donauschwabenstraße und östlich der Straße Büscherweg, Gemarkung Milse, Flur 1 gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**  
**-Stadtbezirk Heepen -**

**Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**  
**Beschluss zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1621/2009-2014

Frau Binder-Kruse (Bauamt) verweist auf die Beratung zum Aufstellungsbeschluss (vgl. BV Heepen - 15.01.2009 - TOP 9) und den Beschluss zur Rückstellung eines Bauvorhabens im Eckbereich der Herforder Straße / Heilbronner Straße aufgrund der zu diesem Zeitpunkt ungeklärten verkehrlichen und schallschutzrechtlichen Abhängigkeiten. Durch die zwischenzeitlich von den zuständigen Gremien getroffenen Entscheidungen hinsichtlich der Absenkung der Herforder Straße und der Erstellung von straßenbegleitenden Lärmschutzeinrichtungen, der Erschließung an der Herforder Straße vorhandener Wohngebäude über einen Erschließungsweg und der Entscheidung über die Abbindung

der Heilbronner Straße von der Herforder Straße habe sich die für die Fortsetzung des Verfahrens notwendige Planungssicherheit ergeben.

Im Anschluss erläutert Herr Winkler (Büro Enderweit & Partner) die Planung (Abgrenzung des Plangebietes, Bestandssituation, städtebauliche Zielsetzungen, Infrastruktur etc.) und das der Planung zugrunde liegende Konzept im Überblick. Er geht dabei u. a. besonders auf die Erschließung des Plangebietes, die sich aus den zum Ausbau der Herforder Straße und der Abbindung der Heilbronner Straße ergebenden lärmschutzrechtlichen und verkehrlichen Aspekte sowie gestalterische Überlegungen ein.

Auf Rückfrage von Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) erläutert Frau Binder-Kruse die erschließungsrechtlichen Hintergründe für die Einbeziehung der Privatstraße Büscherweg in das Plangebiet. Sie führt aus, dass das Plangebiet u. a. auch durch den Büscherweg an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden werde. Aus erschließungsrechtlicher Sicht sei der Büscherweg insoweit in seiner Gänze als öffentliche Verkehrsfläche mit Erschließungsfunktion für die angrenzenden Baugrundstücke anzusehen. Hinweise auf eine planerisch gewollte Festsetzung als Privatstraße gebe es lt. Aussage des Amtes für Verkehr nicht. Als öffentliche Verkehrsfläche mit Erschließungsfunktion unterliege der Büscherweg grundsätzlich einer Beitragspflicht nach §§ 127 ff BauGB in Verbindung mit der Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Bielefeld vom 27.12.1988, sobald die Anlage erstmalig endgültig hergestellt sei. Zur erstmaligen endgültigen Herstellung gehöre neben dem technischen Ausbau u. a. auch der Erwerb der Straßenflächen. Beides sei noch nicht erfüllt; der Büscherweg sei beitragsrechtlich insoweit als noch unfertige Erschließungsanlage zu werten. Das Amt für Verkehr habe mit Blick auf eine noch vorzunehmende künftige Beitragserhebung daher angeregt, den Büscherweg in Gänze in das Plangebiet zwecks Festlegung der verbindlichen Straßenbegrenzungslinien aufzunehmen.

Herr Wäschebach bittet die Verwaltung, bezogen auf die erschließungsrechtlichen Abhängigkeiten, die sich bei einem Ausbau des Büscherweges ergeben, sorgfältig die Interessen der betroffenen Grundstückseigentümer abzuwägen. Im Anschluss fragt er, ob es im Plangebiet ausreichend Besucherparkplätze gebe.

Herr Winkler erläutert, dass diese aufgrund der vorgesehenen Straßenquerschnitte in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen.

Herr Wäschebach verweist auf die im Rahmen der Beratung zum Bebauungsplangebiet „Brake-West“ von den Investoren immer wieder geforderte Nachverdichtung des Plangebietes und beantragt die Anzahl der Wohngebäude auf die vorgesehenen 58 Gebäude zu begrenzen. Den vorgesehenen Erhalt der Obstwiese und die Anlage des Rad- und Gehweges, dessen Anlage von der Bezirksvertretung gewünscht wurde, begrüße er, obwohl er nicht in dem von der Bezirksvertretung gewünschten Bereich umgesetzt werde. Insgesamt könne die SPD-Fraktion der vorgestellten Planung zunächst zustimmen, werde jedoch - sollten sich Fehlentwicklungen abzeichnen - im Rahmen der weiteren Verfahrensschritte ggf. entsprechenden Fehlentwicklungen entgegenwirken.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) führt aus, dass das Plangebiet, insbesondere bezogen auf die Anbindung an den ÖPNV, über eine gute Infrastruktur verfüge. Die vorhandene soziale Infrastruktur (Schule, Kindergarten etc.) weise ihres Erachtens jedoch weiterhin Defizite auf. Ihres Erachtens sei im Rahmen der bisher bekannten Planung entlang der Heilbronner Straße Geschosswoh-



nungsbau dargestellt worden, der - paradoxer Weise - gleichzeitig als Lärmschutz für den Innenbereich des Plangebietes vorgesehen war. Sie fragt, warum nun offenbar auf diesen Geschosswohnungsbau verzichtet werde, obwohl ihres Erachtens Bedarf an entsprechendem Wohnraum bestehe.

Frau Binder-Kruse erläutert, dass die Planung keinen Geschosswohnungsbau vorsah und die planerischen Darstellungen in dieser Hinsicht unter Umständen zu falschen Eindrücken geführt haben. Ein Ziel der Planung habe immer darin bestanden, die vorhandenen Strukturen auch im Kontext zu den bereits fertiggestellten Plangebieten Fischerheide Teilfläche A und B beizubehalten. Im Übrigen habe sich die bisher bestehende lärmschutzrechtliche Problematik durch die zum Ausbau der Herforder Straße gefassten Beschlüsse deutlich entspannt.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die der Planung bisher entgegenstehenden Probleme in verkehrlicher, erschließungstechnischer und lärmschutzrechtlicher Hinsicht durch die zum Ausbau der Herforder Straße (Tieferlegung der Trasse, Abbindung der Heilbronner Straße etc.) auch aus seiner Sicht weitestgehend gelöst wurden. Bezogen auf die hinsichtlich der sozialen Infrastruktur ggf. noch bestehenden Defizite werde in der Vorlage ausgeführt, dass im weiteren Verfahren zu prüfen sei, ob eine Tageseinrichtung für Kinder und weitere Kapazitäten für Grundschüler geschaffen werden müssen. Die Bezirksvertretung werde diese Problematik im weiteren Verfahren daher auch sehr sorgfältig beobachten. Der Forderung hinsichtlich der Festschreibung der Anzahl der Gebäude schließe er sich nachdrücklich an.

Auf Rückfrage von Herrn Borchers (Grüne-Fraktion) erläutert Herr Winkler die Rettungswege im Plangebiet.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s :**

- 1. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB soll auf der Grundlage der in dieser Vorlage dargestellten allgemeinen Ziele und Zwecke nach der vom Rat der Stadt am 30.11.1995 beschlossenen Richtlinie durchgeführt werden.**
- 2. Die Umweltprüfung soll auf Grundlage der in der Vorlage dargelegten Angaben durchgeführt werden.**
- 3. Die Anzahl der Gebäude ist durch entsprechende Festsetzungen auf 58 zu begrenzen.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 6 \*

-.-.-

Bezirksvorsteher Sternbacher nimmt Bezug auf die bisherige Diskussion zu der von der Stadtteilkonferenz angeregten Planung und weist darauf hin, dass die Akteure inzwischen erste konkretere Überlegungen entwickelt haben.

Frau Imorde-Holland (Leiterin des Freizeitentrums Baumheide) führt im Namen der Projektkonferenz aus, dass diese es begrüße, dass die ersten Schritte zur städtebaulichen Weiterentwicklung mit den zuständigen Fachämtern und Institutionen geführt werden konnten. Sie bedanke sich ausdrücklich bei der Bezirksvertretung Heepen für ihre Unterstützung, die hierfür den Weg geebnet habe, sowie bei den städtischen Verkehrsbetrieben moBiel für die Bereitschaft, die Auftaktveranstaltung zu finanzieren. Die Projektkonferenz betone, dass für das weitere Vorgehen der Umbau der Stadtbahnhaltestelle aus ihrer Sicht absolute Priorität genießen müsse. Übergeordnete Ziele müssen die Herstellung einer größtmöglichen objektiven und subjektiven Sicherheit einschließlich einer größtmöglichen Sozialkontrolle für die Stadtbahnnutzer und die Erstellung eines sicheren barrierefreien Zuganges zur Stadtbahn in beide Fahrrichtungen sein. Die Entwicklung eines identifikationsstiftenden Quartiersmittelpunktes sei aus Sicht der Projektkonferenz für eine erfolgreiche Zukunftsentwicklung Baumheides unerlässlich. Deshalb dürfe die Umgestaltung der Haltestelle die spätere Entwicklung eines stadtteilidentifikationsstiftenden Quartiersmittelpunktes nicht beeinträchtigen, sondern sollte sie vielmehr, z. B. durch die Umwandlung der jetzigen Buskehre, zum Marktplatz befördern. Abschließend dankt Frau Imorde-Holland nochmals allen Akteuren und bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass sich der Planungsprozess weiterhin so konstruktiv wie bisher entwickeln werde.

Frau Binder-Kruse (Bauamt) nimmt Bezug auf die bisherige Diskussion des Projektes in den Gremien und berichtet über den Inhalt der mit allen Akteuren geführten Gespräche. Auch aus Sicht der beteiligten Verwaltungsdienststellen und Planungsbüros gestalte sich der Prozess außerordentlich konstruktiv. Es sei nun vorgesehen, einen „runden Tisch“ zu installieren und im Rahmen der weiteren Aktivitäten „Szenarien“ (Umbau der Stadtbahnhaltestelle, Abriss und Neubau der vorhandenen Einzelhandelsbetriebe, Abriss und Neubau des Freizeitentrums etc.) zu entwickeln.

Bezirksvorsteher Sternbacher begrüßt den Fortgang des Planungsprozesses und fragt, in welcher Weise die Bezirksvertretung weiterhin beteiligt werde. Seines Erachtens sei es erforderlich, die Bezirksvertretung immer dann in den Prozess einzubinden, wenn sich fachlich fundierte Vorstellungen konkret entwickelt haben. Er bitte insbesondere auch das Bezirksamt in den Prozess einzubinden. Er danke allen Beteiligten für ihren engagierten Einsatz. Die Bezirksvertretung werde das Projekt weiterhin nachhaltig unterstützen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 7 \*

-.-.-

**Zu Punkt 8****"Büggerradweg" Bielefeld-Heepen - Leopoldshöhe-Schuckenbaum**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1655/2009-2014

Herr Spree (Amt für Verkehr) erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung im Überblick und geht dabei auf Rückfrage von Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) und Herrn Diekmann (SPD-Fraktion) auf die in Bezug auf den Ausbaustandard bestehenden finanziellen und förderrechtlichen Abhängigkeiten ein. Im Anschluss erläutert er auf Rückfrage von Bezirksvorsteher Sternbacher die Bedingungen für die Förderung der Maßnahme aus dem Landesprogramm „Büggerradwege“ und stellt auf Nachfrage fest, dass die Priorisierung des auf Bielefelder Stadtgebiet befindlichen Wegeabschnittes an erster Stelle der gesamtstädtischen Prioritätenliste aufgrund der Haushaltslage der Stadt Bielefeld und der Zuständigkeit des Landesbetriebes aus fachlicher Sicht die Realisierung des Projektes nicht befördern würde. Eine kurzfristige Realisierung sei seines Erachtens nur möglich, wenn die Umsetzung im Rahmen des Landesprogramms erfolge. Er weise jedoch darauf hin, dass die über die Festbetragsförderung hinaus gehenden Kosten vor dem Hintergrund des Haushaltssicherungskonzeptes nicht von der Stadt Bielefeld getragen werden können, da es sich um eine freiwillige Maßnahme handele.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) vertritt die Auffassung, dass es sich um eine wichtige Maßnahme handele, die so schnell wie möglich umgesetzt werden sollte.

Bezirksvorsteher Sternbacher stellt fest, dass offenbar hinsichtlich der Variantenwahl (Ziffer 1 des Beschlussvorschlages) und der Bedeutung des Projektes Übereinstimmung bestehe. Vor diesem Hintergrund habe er wenig Verständnis für die in Ziffer 2 des Beschlussvorschlages getroffene Aussage. Die Verantwortung der Kommune und des Landes könne - trotz der bestehenden haushaltsrechtlichen Abhängigkeiten - seines Erachtens nicht auf Dritte verlagert werden. Es müsse daher sicher gestellt werden, dass bei Fertigstellung des 2. Bauabschnittes des „Büggerradweges“ auf Leopoldshöher Gebiet eine fertige Planung für den „Lückenschluss“ vorliege, um zeitnah handeln zu können. Die Beschlussfassung sollte daher entsprechend „abgestuft“ erfolgen.

Auf Rückfrage von Herrn Blum (SPD-Fraktion) erläutert Herr Spree, dass der Landesbetrieb die Verkehrssicherung und die Unterhaltung eines Radweges entlang einer Landesstraße nur übernehme, wenn der Ausbau in dem vom Landesbetrieb geforderten Standard erfolge. Er gehe davon aus, dass die Gemeinde Leopoldshöhe den 1. Bauabschnitt entsprechend dieses Standards hergestellt habe.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stimmt der von Bezirksvorsteher Sternbacher vertretenen Auffassung, dass hinsichtlich der Variantenwahl Übereinstimmung bestehe, zu. Die Radwegeverbindung sei in öffentlichem Interesse. Es gelte nun - trotz der bestehenden haushaltsrechtlichen Abhängigkeiten - einen Weg zu finden, um die Maßnahme schnellstmöglich umzusetzen. Das von Bezirksvorsteher Sternbacher vorgeschlagene „abgestufte Verfahren“ stelle seines Erachtens eine geeignete Lösung dar, die alle Optionen aufrecht erhält.

Herr Spree erläutert auf Rückfrage von Bezirksvorsteher Sternbacher, dass das Amt für Verkehr bemüht sei, die Maßnahme schnellstmöglich umzusetzen und verweist auf die mit der Interessengemeinschaft und dem Landesbetrieb geführten Gespräche. Da es sich bei der Maßnahme um eine freiwillige Leistung handle, sei die Maßnahme jedoch vor dem Hintergrund der Haushaltslage der Stadt Bielefeld nicht mit städtischen Mitteln zu finanzieren. Dies gelte auch in Bezug auf entstehende Planungskosten.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) hält es für problematisch, auch der Ziffer 2 des Beschlussvorschlages zuzustimmen, da er sich nur schwer vorstellen könne, dass die benötigten - nicht unerheblichen - Drittmittel über bürgerschaftliches Engagement, Spenden und Sponsoringmittel finanziert werden können.

Bezirksvorsteher Sternbacher vertritt die Auffassung, dass eine entsprechende Beschlussfassung der Erteilung eines Planungsauftrages nicht im Wege stehe.

Auf Rückfrage von Herrn Diekmann erläutert Herr Spree, dass es sich bei dem geforderten „bürgerschaftlichen Engagement“ nicht zwingend um den Einsatz der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen konkreter Bauarbeiten handle, sondern z. B. auch das Einwerben von Spenden unter diesen Begriff zu fassen sei.

Auf Rückfrage von Bezirksvorsteher Sternbacher stellt er fest, dass als Auftraggeber sowohl die Stadt Bielefeld als auch z. B. eine Initiative tätig werden könne.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

- 1. Eine Radwegverbindung zwischen Bielefeld-Heepen - und Leopoldshöhe-Schuckenbaum wird auf Grundlage der Variante 1a umgesetzt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, alle für die Umsetzung der Maßnahme erforderlichen Planungen aufzunehmen.**
- 3. Die Umsetzung des Teilstückes auf Bielefelder Stadtgebiet - inkl. des Brückenbauwerkes über das Gewässer „Windwehe“ - erfolgt ohne finanzielle Beteiligung der Stadt Bielefeld durch bürgerschaftliches Engagement / Sponsoren / Spenden.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 8 \*

-.-.-

**Zu Punkt 9**      **Abbruch des Gebäudes Bechterdisser Str. 84**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1653/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 9 \*

-.-.-

**Zu Punkt 10**      **7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 05.08.2004**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1584/2009-2014

Herr Daube erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung im Überblick und geht dabei auf die bezirklich relevanten Änderungen ein.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass seitens der CDU-Fraktion hinsichtlich der bezirksbezogenen Neuregelungen keine Einwände bestehen. Aufgrund überbezirklicher Überlegungen werde sich die CDU-Fraktion im Rahmen der Abstimmung jedoch enthalten.

Herr Daube informiert über ein Schreiben des Vorsitzenden des Seniorenrates vom 17.11.2010 an den Bezirksvorsteher, in dem der Vorsitzende darum bittet, der ersatzlosen Streichung des § 15 - Seniorenrat - in der Hauptsatzung der Stadt Bielefeld nicht zuzustimmen.

Auf Rückfrage von Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) bestätigt Herr Daube, dass die Streichung seines Erachtens zu keinen rechtlichen Konsequenzen führe, da der Seniorenrat über eine eigene Satzung verfüge.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Heepen beschließt die 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 05.08.2004 zu**

- 1. Artikel 1, Ziffern 1 bis 9,**
- 2. Artikel 1, Ziffer 10,**
- 3. Artikel 1, Ziffern 11 bis 26 sowie Artikel 2,**

**laut Anlage 1 zur Vorlage.**

- Bei 5 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 10 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 11 Neufassung der Geschäftsordnung des Rates**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1603/2009-2014

Herr Daube erläutert die Beschlussvorlage im Überblick und geht dabei auf die bezirksbezogenen Neuregelungen ein.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf die beabsichtigte Neufassung des § 19 Abs. 1 (neu: § 21 Abs. 1). Er sehe keine Notwendigkeit vom bisher praktizierten Verfahren - dass sich seines Erachtens gut bewährt habe - abzuweichen. Die SPD-Fraktion werde dieser Änderung der Geschäftsordnung daher nicht zustimmen.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) schließt sich der von Herrn Wäschebach vertretenen Auffassung an. Sie halte es für sinnvoll, komplexe Sachverhalte zunächst in einer Arbeitsgruppe aufzubereiten. Intention der beabsichtigten Neufassung sei es, mehr Öffentlichkeit herzustellen. Dies sei grundsätzlich wichtig und richtig. Dieses Ziel sei ihres Erachtens jedoch auch durch die Veröffentlichung der Arbeitsgruppenprotokolle zu erreichen, ohne die Arbeitsgruppen aufzugeben.

Bezirksvorsteher Sternbacher stellt fest, dass sich das von der Bezirksvertretung Heepen praktizierte Verfahren auch seines Erachtens bewährt habe. Die bisherige Regelung sollte daher beibehalten werden.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass die CDU-Fraktion sich ebenfalls gegen die beabsichtigte Neufassung des § 19 Abs. 1 der Geschäftsordnung ausspreche, sich aber aus bezirksübergreifenden Erwägungen im Rahmen der Abstimmung enthalten werde.

Herr Schatschneider (Die Linke) führt, bezogen auf § 14 Abs. 4 (alt: § 12 Abs. 4) der Neufassung der Geschäftsordnung aus, dass er in der Neuregelung keinen Vorteil zur bisherigen Regelung erkenne und dieser daher nicht zustimmen werde. Darüber hinaus könne er auch der beabsichtigten Neufassung des § 19 Abs. 5 i (neu: § 21 Abs. 5 i) nicht zustimmen, da durch die Neufassung aus seiner Sicht politische Rechte „beschnitten“ werden.

Vor dem Hintergrund der von Herrn Wäschebach, Herrn Dr. Elsner und Herrn Schatschneider getroffenen Aussagen regt Bezirksvorsteher Sternbacher an, über die angesprochenen Punkte jeweils einzeln abzustimmen.

Die Bezirksvertretung stimmt zu.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung lehnt die vorgeschlagene Neufassung des § 19 Abs. 1 (neu: § 21 Abs. 1) ab. Die bisherige Fassung ist beizubehalten.**

- einstimmig beschlossen -

**Die Bezirksvertretung lehnt die Neufassung des § 12 Abs. 4 (neu: § 14 Abs. 4) ab. Die bisherige Fassung ist beizubehalten.**

Dafür: 1 Stimme  
Dagegen: 9 Stimmen  
Enthaltungen: 5 Stimmen

- mithin abgelehnt -

**Die Neufassung des § 19 Abs. 5 i (neu: § 21 Abs. 5 i) wird abgelehnt. Die alte Fassung der Vorschrift ist beizubehalten.**

Dafür: 1 Stimme  
Dagegen: 9 Stimmen  
Enthaltungen: 5 Stimmen

- mithin abgelehnt -

**Die Bezirksvertretung Heepen stimmt der Neufassung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Bielefeld im Übrigen zu.**

- bei 5 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 11 \*

---

**Zu Punkt 12**

**Neufassung der Richtlinien für die Durchführung von  
Einwohnerversammlungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1606/2009-2014

Herr Daube erläutert die Beschlussvorlage im Überblick.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die Begrifflichkeit „öffentliche Darlegung“ und „öffentliche Anhörung“ nicht klar voneinander abzugrenzen seien.

Herr Daube erläutert, dass es sich hier offenbar um ein sprachliches Problem handele. Die Verwaltung habe diesen Mangel erkannt und werde eine eindeutiger Formulierung erarbeiten. Im Anschluss grenzt er auf Nachfrage die Einwohnerversammlung von der Veranstaltung zur Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem Baugesetzbuch ab.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s .**

**Die Bezirksvertretung beschließt die Richtlinien für die Durchführung von Einwohnerversammlungen laut Anlage 1 zur Vorlage.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 12 \*

---

## **Zu Punkt 13**

### **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Herr Daube nimmt Bezug auf die mit den Sitzungsunterlagen übersandte Übersicht zum Sachstand. Bezogen auf die von der Bezirksvertretung beschlossene Sperrung des Bentruperheider Weges für den Durchgangsverkehr führt er aus, dass die Fachverwaltung darauf hingewiesen habe, dass die aktuelle Situation aus fachlicher Sicht gegen eine Sperrung spreche. Die Fachverwaltung habe daher gebeten, auf die bereits beschlossene Verkehrszählung - die sehr zeit- und kostenintensiv sei - verzichten zu können. Die Fachverwaltung werde den Sachverhalt in Form einer Mitteilung in einer der nächsten Sitzungen darstellen.

Bezogen auf Ziff. 110 der Übersicht verweist Herr Daube auf die von Herrn Knöner in der Einwohnerfragestunde getroffene Aussage, dass seitens des Netzbetreibers nicht mehr beabsichtigt werde, am Standort einen entsprechenden Sendemast zu errichten (vgl. TOP 1).

Bezogen auf Ziff. 165 (Umsetzung des neuen Nahverkehrsplans - NVP - im Stadtbezirk Heepen) informiert Herr Daube darüber, dass die Fachverwaltung in der Januar-Sitzung der Bezirksvertretung eine entsprechende Verwaltungsvorlage zur Beratung vorlegen werde.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) weist bezogen auf Ziff. 112 (Bahntunnel Grafenheider Straße) darauf hin, dass mit dem Antrag der SPD-Fraktion das Ziel verfolgt werde, ggf. notwendige Untersuchungen und Arbeiten zeitlich vor dem Ausbau der Grafenheider Straße durchzuführen.



Bezogen auf Ziff. 160 (Verbesserung eines Wegestücks nördlich des Halhofes) teilt er mit, dass die Schäden -wenn auch seiner Sicht notdürftig - beseitigt wurden.

Darüber hinaus stellt er unter Bezugnahme auf Ziff. 194 (Instandsetzung des Wanderweges zwischen Jölleweg und Jölle) fest, dass die Maßnahme erledigt sei.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) begrüßt die übersichtliche Aufbereitung des Sachstandsberichtes.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 13 \*

---

---

Holm Sternbacher  
Bezirksvorsteher

---

Herbert Lötzke  
Schriftführer